

26. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Oktober 1952.

551/J ✓

A n f r a g e

der Abg. M a r k, Dr. Z e o h n e r und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht, auch in seiner Eigenschaft als
derzeitiger Stellvertreter des Bundeskanzlers,
betreffend Erhöhung der Kollegiengehälter für Professoren.

-.-.-.-

In der heutigen "Wiener Tageszeitung" wird unter dem Titel "Bezeichnen
des Doppelspiel der Sozialisten" berichtet:

"Während vormittags bei der Versammlung der Studentenschaft ein
SPÖ-Nationalrat eine Interpellation an den Unterrichtsminister
ankündigte und sich gegen die Gebührenerhöhung aussprach, begaben
sich führende Persönlichkeiten des sozialistischen Lagers zusammen
mit anderen Hochschulprofessoren zu den höchsten Regierungsstellen,
um im gleichen Atemzug eine Erhöhung der Kollegiengehälter für Pro-
fessoren zu verlangen. Dazu ist bloss zu bemerken, dass die Kollegien-
gehälter für Professoren nicht zuletzt aus den Erträgen der
Studiengebühren geleistet werden müssen."

Die beiden Erstunterzeichner haben gestern nachmittag, wie in einer
Mitteilung der APA an die Zeitungen bekanntgegeben wurde, gemeinsam mit
dem Herrn Bundesrat Übelhör und der Frau Landtagsabgeordneten Hiltl beim
Herrn Bundesminister für Unterricht vorgesprochen, um über die Subven-
tionierung der Volkshochschulen Auskunft zu bekommen. An diese Unterre-
dung anschliessend hat der der ÖVP angehörende Bundesrat Dr. Alfons
Übelhör die Frage an den Herrn Bundesminister gerichtet, ob die im
Sommer begonnenen Aussprachen über die Förderung von Wissenschaft und
Kunst fortgesetzt werden können. Die zustimmende Antwort des Herrn
Bundesministers wurde von allen Teilnehmern der Delegation zur Kenntnis
genommen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen dazu fest, dass die oben erwähnte
Mitteilung der "Neuen Wiener Tageszeitung", welche eine politische
Fälschung des Sachverhaltes darstellt, künftige Verhandlungen erschwert.
Wenn über eine Vorsprache bei einem Regierungsmitglied in der Weise
falsche Mitteilungen veröffentlicht werden, dann muss eine amtliche
Richtigstellung durch den betreffenden Minister erfolgen, auch wenn das
Lügenblatt der Partei des Ministers nahesteht.

27. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Oktober 1952

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht und ebenso in seiner Eigenschaft als Vertreter des Herrn Bundeskanzlers die nachstehenden

A n f r a g e n:

- 1.) Ist der Herr Bundesminister bereit, bekanntzugeben, ob sich gestern andere führende Persönlichkeiten als die oben genannten des sozialistischen Lagers zusammen mit Hochschulprofessoren zu den höchsten Regierungsstellen begeben haben, um eine Erhöhung der Kollegengelder zu verlangen?
- 2.) Ist der Herr Bundesminister bereit, für den Fall, dass er imstande ist, die erste Frage zu verneinen, für eine amtliche Berichtigung Sorge zu tragen?

---o---o---